

72-12.05.1992

Rächte sich Bodenheim an Landesspitze?

kss. NACKENHEIM — Als „primitiven Racheakt an der Landesregierung“ hat der SPD-Vorsitzende Michael Mogk das Verhalten der Bodenheimer CDU in der Frage der Ansiedlung eines Postfrachtzentrums gewertet. Die CDU-geführte Verwaltungsspitze habe seinerzeit ihren „Grundstücksdeal“ für die Errichtung des Altenwohn- und Pflegeheimes mit der neuen SPD-Landesregierung nicht verwirklichen können. Nun habe sie sich nach seiner Einschätzung „im Gegenzug“ beim Postzentrum quergestellt.

Mit dem Bau einer Entlastungsstraße — „für die wir uns seit zehn Jahren einsetzen“ — sei jetzt wohl nicht mehr zu rechnen, glaubt der Nackenheimer Bürgermeister Günter Ollig.

In einem internen Papier des Wirtschaftsministeriums vom November 1991, das der AZ vorliegt, wird behauptet, daß „die VG und die Ortsgemeinde Bodenheim grundsätzlich“ dazu bereit seien, „die entsprechenden bauleitplanerischen Schritte“ für die Errichtung eines Frachtzentrums in die Wege zu leiten. Weiterhin ist davon die Rede, daß die Bundespost Nackenheim und Bodenheim pro Quadratmeter Bauland 150 Mark zahlen würde. Allerdings müßten die beiden Gemeinden vorher die entsprechenden Parzellen erwerben. Bekanntlich hatte Bodenheim den Grundstückseigentümern nur 55 Mark pro Quadratmeter anbieten können.

Das Thema Frachtzentrum nimmt der Nackenheimer SPD-Arbeitskreis „Verkehr und Dorfentwicklung“ zum Anlaß, zu einem Forum in die Sporthalle der „Alemannia“ am Festplatz einzuladen. Es findet am Donnerstag, 14. Mai, 20 Uhr, statt. Gesprächspartner für alle interessierten Bürger sind neben anderen Staatssekretär Debus, MdL Stritter und Landrat Schick.